

## Verteidigung

### Bundeswehr wirbt um Cyber-Start-ups

Das Verteidigungsministerium gründet in Berlin eine Innovationsagentur, die dafür sorgen soll, dass die Bundeswehr beim Cyberwettrüsten mithalten kann. Der „Cyber Innovation Hub“ soll den Kontakt zur Start-up-Szene suchen, um nach Innovationen zu fahnden, die für die Streitkräfte interessant sein könnten.

Die Agentur soll „Studien, Pilotprojekte, Ideenwettbewerbe etc. zur Validierung von Technologien durchführen“, wie es in einem internen Ministeriumspapier heißt, und selbst als „Initiator oder Auftraggeber für die (Weiter-)Entwicklung disruptiver Technologien wirken“. Dabei geht es nicht darum, Cyber-Offensivwaffen zu entwickeln, sondern zivile Erfindungen für das Militär nutzbar zu machen. Das Projekt ist zunächst auf drei

Jahre begrenzt. 12,6 Millionen Euro soll der Unterhalt des Innovationsteams kosten, weitere 15 Millionen stehen für Projekte zur Verfügung.

Treibende Kraft hinter dem Projekt ist Marcel Yon, der als Fregattenkapitän der Reserve inzwischen eine Truppe von Cyberspezialisten und Start-up-Unternehmern um sich versammelt hat, darunter Jan Andresen, der 2014 seine Firma an den Bertelsmann-Konzern verkauft hat. ham



Haseloff

CHRISTIAN SCHROEDER / IMAGO

## Ministerpräsidenten Haseloff in der Fankurve

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) gerät wegen seiner Leidenschaft für den FC Bayern München in Bedrängnis. Der Regierungschef hatte 2013 zwei Eintrittskarten für das Champions-League-Spiel der Bayern gegen Arsenal London von den Stadtwerken Zeitz angenommen und war mit seiner Frau sowie Personenschützern nach München gereist. Haseloff überwies den Zeitern dafür 150 Euro und erklärte, damit sei die private Reise auch privat beglichen. Der inzwischen entlassene Geschäftsführer des Unternehmens bestreitet das. Die Plätze in der Allianz-Arena lagen auf der Südtribüne, Reihe 25, direkt vor einer exklusiven Lounge mit VIP-Service. Die Karten, so erinnert sich der frühere Stadtwerke-Chef Andreas Huke, hätten rund 500 Euro gekostet – pro Stück. Er versichert an Eides statt, der Ministerpräsident habe auch die Lounge genutzt. Haseloff sagt dagegen, er habe auf seinem Sitz gesessen. Ihm könnten nun Ermittlungen wegen des Verdachts der Vorteilsannahme drohen. Nach der Rechtsprechung können solche Einladungen dann kritisch sein, wenn etwa eine „vergangene Dienstausbildung“ honoriert wurde. Haseloff war als früherer Wirtschaftsminister in Sachsen-Anhalt unter anderem für die Genehmigung der Stadtwerke-Preise zuständig. stw

Mehr zu dem Thema am Sonntag, 19. März, 22.20 Uhr, im SPIEGEL TV Magazin auf RTL

## Asylverfahren

### Agenten hören mit

Der Verfassungsschutz wird künftig sehr viel intensiver neu ankommende Flüchtlinge überprüfen. Dafür werden zahlreiche Mitarbeiter des Inlandsgeheimdienstes in den Außenstellen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) eingesetzt. Sie sollen dort häufiger als bislang an der Anhörung von Asylsuchenden teilnehmen – etwa dann, wenn die Flüchtlinge aus Hochburgen der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) wie Rakka oder Mossul stammen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat für die „Flüchtlingsaufklärung“ einen personellen Mehrbedarf von rund 250 Stellen bis 2019 an-

gemeldet. Die Behörde bestätigte auf Anfrage, man werde für eine engere Zusammenarbeit mit dem Bamf „zusätzliche Mitarbeiter einsetzen“, wollte aber keine konkrete Zahl nennen. Bislang hatten Geheimdienstmitarbeiter Asylsuchende oft erst dann befragt, wenn Bamf-Beamte bei der Anhörung Verdacht geschöpft hatten. Mit der neuen Regelung reagiert die Bundesregierung darauf, dass der IS, anders als ursprünglich an-



Flüchtling in Suhl

MICHAEL REICHEL / DPA

genommen, offenbar doch gezielt als Flüchtlinge getarnte Dschihadisten nach Europa schickt. Zudem waren die Terroranschläge von Würzburg, Ansbach und Berlin von Asylbewerbern begangen worden, die offenbar direkten Anweisungen von IS-Kontaktleuten folgten. In der Großen Koalition war die verstärkte Einbindung des Verfassungsschutzes umstritten. Während einige Politiker vor einem Generalverdacht gegen Flüchtlinge warnten, schlugen Unionsvertreter sogar vor, Geheimdienste oder Bundespolizei sollten künftig generell bei jeder Asylanhörung dabei sein. Das wurde verworfen, auch weil es die Sicherheitsbehörden personell überfordern würde. jös, kno

## Autobahnen

### Pkw-Maut wird teuer

Für die geplante Privatisierung des deutschen Autobahnnetzes durch die Hintertür werden die Autofahrer kräftig zahlen müssen – und zwar jeder und deutlich mehr, als die Ausländermautpläne von Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) vorsehen. Zu diesem Ergebnis kommt ein bisher unveröffentlichtes Gutachten im Auftrag seines Ministeriums. Nach dem Gutachten der Anwaltskanzlei Graf von Westphalen und der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC reichen die Einnahmen

aus der jetzigen Lkw-Maut bei Weitem nicht aus, um die bundeseigene Infrastrukturgesellschaft zu finanzieren, die die Autobahnen künftig verwalten soll.

Drei Szenarien haben die Gutachter entworfen, doch allen ist gemeinsam, dass bereits 2020 zusätzlich über zwei Milliarden Euro in die Gesellschaft fließen müssen – entweder direkt aus dem Bundeshaushalt oder über eine „Infrastrukturabgabe“, das wäre die Pkw-Maut. Im Jahr 2028 müsste danach das Sechsfache der jährlich veranschlagten 500 Millionen Euro Einnahmen aus der Autobahnvignette erzielt wer-

den, um den Betrieb des Autobahnnetzes zu finanzieren. „In der Praxis wird eine Adjustierung zwischen Lkw-Maut und Infrastrukturabgabe erforderlich sein“, schreiben die Gutachter. „Dobrindt täuscht die Öffentlichkeit“, sagt Sven-Christian Kindler, haushaltspolitischer Sprecher der Grünen im Bundestag, „jeder Autofahrer wird für die Rendite der Banken und Versicherungen künftig blechen müssen.“ Die Gesellschaft könnte private Investoren beteiligen – über Tochterfirmen oder öffentlich-private Partnerschaften für Autobahnnetze (SPIEGEL 49/2016). was